

Wahlprüfstein DIE LINKE

Klimaschutzgruppe
fossil free

Positionen zum Thema Klimaschutz

Kohleausstieg

1. In Anbetracht der drohenden Klimakatastrophe und der Verpflichtung der Pariser Klimakonferenz, die globale Klimaerwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, steht die Braunkohle als Deutschlands größter CO₂-Emittent unter großem Druck.

Wie gedenken Sie, sich als Landtagskandidatin/Landtagskandidat für einen (Braun-)Kohleausstieg in NRW und bundesweit einzusetzen? Bis wann ist der Braunkohle-Ausstieg in NRW Ihrer Meinung nach möglich?

DIE LINKE fordert einen verbindlichen Fahrplan für den Ausstieg aus der Braun- und Steinkohle. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat hierzu mit dem Antrag „Kohleausstieg einleiten – Strukturwandel sozial absichern“ (Bundestagsdrucksache 18/8131) ein entsprechendes Konzept vorgelegt, das einen Beginn des Ausstiegs aus der Kohleverstromung spätestens im zweiten Halbjahr 2017 fordert. DIE LINKE in NRW unterstützt dieses Vorgehen. Der letzte Kohlekraftwerksblock soll danach in Deutschland spätestens im Jahr 2035 stillgelegt werden. Das Konzept sieht ein bundesweites Kohleausstiegsrahmengesetz vor, das die immissionsschutzrechtliche Privilegierung der Verstromung von Kohle aufhebt und CO₂ als Umweltschadstoff definiert. Der Ausstiegskorridor für Kohlekraft soll mit dem Ausbaukorridor für Ökostrom korrespondieren. Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch soll angehoben werden auf 43 Prozent bis 2020, 55 Prozent bis 2025, 70 Prozent bis 2030, 85 Prozent bis 2035 und 100 Prozent bis 2040.

Dieser Rahmen muss für NRW durch ein landesspezifisches Kohleausstiegsgesetz konkret ergänzt werden. Wir fordern in unserem Landtagswahlprogramm die planmäßige Stilllegung von Kraftwerksblöcken auf der Basis von blockscharfen Restlaufzeiten bzw. Reststrommengen, die Untersagung des Neubaus von Kohlekraftwerken und des Neuaufschlusses von Tagebauen sowie mehr vom Land betriebene Messstationen zur Feststellung der tagesbau- und kraftwerksbedingten Emissionen und Luftverschmutzung. Ein sozial-ökologischer Umbau und Strukturwandel kann zudem nur unter Beteiligung außerparlamentarischer Bewegungen erfolgreich sein. Wir unterstützen deshalb die Arbeit der Bürger*inneninitiativen vor Ort und setzen uns für die Forderungen der Verbände der Bergbaugeschädigten ein. Hier fordern wir eine Änderung des Bundesberggesetzes und die Einführung der Beweislastumkehr für tagesbaubedingte Schäden, damit Braunkohlebetreffende die gleichen Rechte erhalten wie Menschen im Bereich des Steinkohlebergbaus. Zudem fordern wir die Schaffung einer unabhängigen zentralen Schlichtungsstelle für Bergschäden in NRW.

Energiewende

2. Die Alternativen in der Energieversorgung stehen bereit und versprechen neben vielfältigen ökologischen Vorteilen auch die Schaffung Millionen neuer Arbeitsplätze.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den notwendigen Strukturwandel in NRW zu unterstützen?

Der durch den Kohleausstieg bedingte Strukturwandel ist in den betroffenen Regionen arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch abzusichern. Bereits in den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der im Rheinischen Revier in der Braunkohleindustrie beschäftigten Arbeitnehmer*innen auf nunmehr rund 9.000 deutlich reduziert. Rechnet man die Arbeitsplätze in der Zuliefererindustrie hinzu, kommt man auf rund 18.000. Das Kohleausstiegsgesetz NRW muss daher klare und verbindliche Maßnahmen vorsehen. Unter anderem:

- ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen,
- ein Angebot von Altersteilzeit und Vorruhestand mit Verdienstaugleich,
- die Zusage von Beschäftigungssicherungsmaßnahmen,
- die Schaffung eines Strukturwandelfonds für regionale Investitions- und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen unter Beteiligung der Energiekonzerne zur Finanzierung des Fonds,
- die Ewigkeitskosten müssen durch die Energiekonzerne vollständig abgesichert werden,
- die Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Akteur*innen (Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucher*innenverbände, Energieunternehmen, Vertreter*innen der Kommunen und des Landes, wissenschaftliche Expert*innen für Energie- und Klimapolitik,
- eine Wirtschaftsförderung und Strukturwandel in Form eines „Runden Tisches für Kohlekonens und einen sozialökologischen Strukturwandel“, dessen Ergebnisse in die weitere Planung des Kohleausstiegsprozesses und des Strukturwandels einfließen sollen.

Subventionen

3. Die Initiative Fossil Free setzt sich für den Abzug öffentlicher Gelder aus Kohle, Öl und Gas ein. Wie werden sie sich für

ein umfassendes Divestment und den Abzug von Subventionen für klimaschädliche Industrien einsetzen?

DIE LINKE unterstützt die Divestment-Bewegung als Teil der Klimaschutzbewegung, die zum Ziel hat, dass öffentliche Haushalte keine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gaskonzerne tätigen und Direktinvestitionen und alle gemischten Fonds mit öffentlichen Beteiligungen und Industrieobligationen innerhalb von fünf Jahren abstoßen. Ohnehin zeigen gerade kommunale Beteiligungen in NRW, dass solche Investments, etwa in Steinkohlekraftwerke oder in RWE-Beteiligungen, nicht nur klimapolitisch abzulehnen sind, sondern inzwischen auch wirtschaftlich verlustreich.

Klimaschutz

4. Welche weiteren Schritte werden Sie für einen schnellen und umfassenden Klimaschutz unternehmen?

Neben dem oben bereits ausführlich geschilderten Kohleausstieg geht es uns darum, die erneuerbaren Alternativen zügig auszubauen, die Effizienz bei Erzeugung und Verbrauch von Energie zu erhöhen sowie endlich eine Verkehrswende einzuleiten. DIE LINKE NRW steht daher für den Ausbau der Windenergie und Photovoltaik. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine grundlegende Neugestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein, das in seiner derzeitigen Fassung mit seinen viel zu geringen Ausbaupfaden und den Ausschreibungsverpflichtungen die Installation der Erneuerbaren sowie eine genossenschaftliche Umsetzung der Energiewende behindert. Um die energiebedingten Emissionen bis zum Jahr 2040 auf null zu reduzieren, werden wir die meisten Primärenergieträger durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzen, Häuser isolieren, die meisten Verbrennungsmotoren durch Elektromotoren ersetzen und Gebäude mit Wärmepumpen beheizen müssen. Da die Kapazitäten durch Biomasse und Erdwärme in Deutschland sehr begrenzt sind, werden Photovoltaik und Windenergie den größten Anteil hierzu liefern müssen.

Wir wollen den Menschen vor Ort eine Teilhabe an der Energiewende sowie auch ein Höchstmaß der Selbstversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Deswegen bevorzugen wir regionale Strukturen der Energieversorgung und setzen uns für diese ein. Die Energieeinsparung hat einen besonderen Stellenwert. Daher müssen in allen Bereichen des Energieverbrauchs die Reduktionsmöglichkeiten optimal gefördert und umgesetzt werden. Hierzu müssen energieeffizientere Geräte, Maschinen usw. erforscht und genutzt sowie Lebensstile mit geringerem Energieverbrauch gefördert werden.

Konkret wollen wir:

- eine Initiative für ein verbessertes Erneuerbare-Energien-Gesetz ins Leben rufen, welches den Ausbau der Erneuerbaren um den Faktor vier bis fünf beschleunigt und die Ausschreibungspflichten abschafft,
- kommunale Windflächen in Übereinstimmung mit den Anwohner*innen und den kommunalen Energieversorgern ausweisen,
- finanzielle Mittel für die Erforschung angemessener Speicherstrukturen bereitstellen
- ausschließlich Abfälle und Gras zur Biogaserzeugung nutzen,
- die Wärmedämmung an allen Schulen, Kindergärten und anderen öffentlichen Gebäuden verbessern,
- Photovoltaik und Solarthermie auf allen zur Verfügung stehenden Dach- und Fassadenflächen öffentlicher Gebäude installieren,
- öffentliche Gebäude mit Wärmepumpen beheizen,
- Image- und Werbekampagne für die Photovoltaik, den Einsatz von Wärmepumpen und die Nutzung von Elektroautos starten,
- die Infrastruktur für die Elektromobilität verbessern.

Wir wollen zudem Fracking im Landesentwicklungsplan vollständig ausschließen und keine Bohrschlämme aus anderen Bundesländern mehr in NRW annehmen. Gemeinsam mit den Initiativen gegen Fracking und Gasbohren werden wir weiter auf Änderung des Bundesberggesetzes drängen, um diese gefährliche Technologie vollständig zu verbieten. Es soll für Fracking ferner keine neuen Aufsuchungsgenehmigungen, auch nicht für wissenschaftliche Zwecke, erteilt und bereits erteilte Genehmigungen nicht verlängert werden.

Nicht zuletzt ist die Atomkraft nicht nur unverantwortlich gefährlich. Die Atomwirtschaft behindert auch eine umfassende Energiewende. Auch wenn in NRW selbst kein Atomkraftwerk in Betrieb ist, bleiben in unserem Land Aufgaben für den Atomausstieg. Wir wollen Atomtransporte durch NRW untersagen. Dies gilt auch für den Atommüll aus dem Forschungszentrum Jülich (KFA). Brennelemente aus Lingen dürfen nicht nach Belgien und Frankreich transportiert werden. Das Zwischenlager Ahaus ist ebenso zu schließen wie die Urananreicherungsanlage Gronau. Die Landesregierung muss endlich dafür sorgen, dass auch die für NRW bedrohlichen Atomkraftwerke in Nachbarländern, wie Tihange und Doel, stillgelegt werden.